

Janusz Golota (Olsztyn / Allenstein)

Kriegsinvalidenverein der Republik Polen im Kreis Olsztyn / Allenstein zwischen 1945 und 1950. Zusammenfassung

Im vorliegenden Artikel setzt sich der Verfasser zum Ziel, Gründung und Tätigkeit des Kriegsinvalidenvereins der Republik Polen in den Jahren 1945-1950 auf dem Gebiet des Masurischen Kreises darzustellen.

Aus seiner Quellenanalyse ergibt sich eine Schlussfolgerung, dass eins von den Hauptzielen der neuen politischen Macht im Nachkriegspolen das Gewinnen von breiten Reihen der Kriegsinvaliden für die kommunistische Staatsidee gewesen ist. Gleich nach dem Kriegsende gehörten ehemalige, behinderte Soldaten zu den meist frustrierten und gleichgültigen Bevölkerungsgruppen in Polen, was vor allem durch mangelnde Sozialpolitik der neuen Regierung, durch ein unzureichendes Niveau von Invalidenrenten und finanzieller Beihilfe, sowie auch durch andauernde Welle von politischen Verhaftungen und Schuldsprüchen in diesem Milieu verursacht wurde. Im Nachkriegspolen führten solche negativen Erscheinungen wie Aufsichtsmangel, Massenmigrationen und Instabilität von organisatorischen Strukturen zur massiven Veruntreuung von wirtschaftlichen Mitteln und dadurch auch zur staatlichen Misswirtschaft.

Gleichzeitig aber auch die bescheidenen Unterstützungsmittel für Kriegsinvaliden weckten Neid bei anderen Mitbürgern, die in der Nachkriegszeit völlig mittellos ohne die staatliche Hilfe leben mussten.

Aufgrund der durchgeführten Quellenanalyse ergibt sich ein Bild von starkem Gegensatz zwischen den Erwartungen der kommunistischen Staatsobrigkeit und den Hoffnungen der Kriegsinvaliden. Für kommunistische Macht bildeten ehemalige Soldaten lediglich die nächste Bevölkerungsgruppe, die zynischerweise unterzuordnen war, während Kriegsbehinderte, in der Überzeugung von dem von ihnen geleisteten Blut- und Gesundheitstribut, eine reale Unterstützung und Hilfe, sowie auch mehr Fürsorge für verwaiste Soldatenfamilien forderten.

Die Vernichtung der polnischen Intelligenz im Zweiten Weltkrieg, das Misstrauen der neuen politischen Macht gegen „unsichere Elemente“, ihre Suche nach politisch gefügigem Kader unter Bürgern mit sozial „entsprechender Herkunft“ – all diese Phänomene führten zum Kadermangel, der auch in den Strukturen des Kriegsinvalidenvereins sichtbar wurde.

Später in der Zeit der kommunistischen Machtzentralisierung wurde der anspruchseingestellte, politisch oberflächliche Kriegsinvalidenverein nicht mehr nötig und deswegen wurde er aufgelöst. Der Olsztynyer Verein wurde an den Kreis in Gdańsk / Danzig angeschlossen, der dann infolge eines Obrigkeitsentschlusses der kommunistischen Regierung im Jahre 1950 mitsamt des ganzen Kriegsinvalidenvereins der Republik Polen liquidiert wurde.

Pawel P. Warot (Olsztyn)

Oktober 1956 in Olsztyn in Dokumenten des Geheimdienstes (SB) und Zeugenberichten. Zusammenfassung

Der vorliegende Artikel, der auf vielen, bis jetzt der Öffentlichkeit unbekanntem Dokumenten des polnischen kommunistischen Geheimdienstes (SB) beruht, schildert politische Ereignisse von Oktober 1956 in Olsztyn. Die politischen Unruhen begannen am 21.10.1956 mit einer Kundgebung des Polnischen Journalistenvereins vor dem Gebäude des Stefan-Jaracz-Theaters in Olsztyn. Die Kundgebung gab ersten Anstoß zu mehreren politischen Auftritten der Stadtbewohner. Der Artikel thematisiert daher die Bemühungen des Geheimdienstes um die Erhaltung bisheriger Kontrolle über politische Entwicklung in der Region Ermland. Als Quelle werden hier u.a. Dokumente der Abteilung „W“ des Olsztynyer Geheimdienstes verwendet, die einen Einblick in den privaten Briefwechsel von Studenten der Olsztynyer Hochschule für Landwirtschaft geben. Viele Studierende informierten ihre Familien und Freunde in Polen über Ereignisse in Ermland. Berichte des Geheimdienstes geben ebenso Auskunft über Reaktionen der lokalen Behörde – damit wird der Geheimdienst und die kommunistische Partei (PZPR) gemeint – auf politische „Unruhen“.

In diesem Zusammenhang muss man eine in dem Artikel geschilderte Kundgebung der Olsztynyer Studierenden als ausschlaggebend einschätzen. Die Kundgebung und der Umzug durch die Stadt, organisiert und durchgeführt von Studenten der Landwirtschaftlichen Hochschule, sollte Förderung junger Polen für antisowjetische Ereignisse in Ungarn kundtun. Dieser Massenprotest hatte zur Folge, dass der Rote-Armee-Platz in Olsztyn zum „Platz der Ungarischen Aufständischen“ umbenannt wurde. Andere Zeugenberichte informieren über Schwierigkeiten, unter denen humanitäre Hilfe für kämpfende Ungarn organisiert wurde. Studenten sammelten finanzielle Mittel und spendeten Blut für Aufständische, aber ihre Hilfsaktionen waren

mit großem politischen Risiko verbunden. Andererseits zeigen aber die Dokumente, dass sich der kommunistische Geheimdienst in dieser Lage gar nicht sicher fühlte, umgekehrt – Funktionäre empfanden Angst vor der möglichen politischen Entwicklung in der Region. Die Parteifunktionäre waren nun nicht mal der eigenen Zukunft sicher und rechneten mit Massenprotesten der Bevölkerung, vergleichbar mit blutigen Ereignissen von Juni 1956 in Poznań. Auch mehrere geheime Mitarbeiter des Geheimdienstes bekamen plötzlich Angst vor Entlarvung und lehnten Lieferung von weiteren Denunziationen und Berichten ab.

Der Artikel stellt auch den Verlauf vom studentischen Praktikumsaufenthalt im November 1956 in der ländlichen Umgebung von Olsztyn dar. Die meisten Studenten nutzten das Praktikum zum „Einpflanzen“ von „revolutionären“ Ideen in Gemüte der Landbewohner. Das allgemeine Bild der politischen und sozialen Situation auf dem Lande wird durch einige Berichte ergänzt, die über Ängste und Probleme von ethnischen und nationalen Minderheiten der Wojewodschaft Olsztyn informieren. Viele Landbewohner äußerten beispielsweise ihre Angst vor dem Ausbruch des nächsten Weltkrieges.

Oktober 1956 in Olsztyn war zweifelsohne eine „sich-selbst-beschränkende Revolution“. Bereits in der zweiten Hälfte Novembers konnte man merken, dass studentische Proteste an ihrer Intensität verloren hätten. Politische Umwandlungen in der Stadt und in der Region wurden gestoppt. Im Januar 1957, besonders nach der Parlamentwahl, wurde die Situation wieder von der kommunistischen Macht beherrscht. Der politische Oktober 1956 fand sein Ende.